

Online-Seminar

23.05.2023

17. Juni 1953. Lernpotentiale eines umkämpften Gedenktages zur Diskussion

Referentin

Prof. Dr. Saskia Handro, Institut für Didaktik der Geschichte, Lehrstuhl für Didaktik der Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der historischen Lehr- und Lernforschung, Universität Münster

Moderatorin

Birgit Marzinka, Leiterin des Lernort Keibelstraße

Veranstalterin

Agentur für Bildung, Geschichte und Politik e.V.
(Lernort Keibelstraße, Webportal Lernen aus der Geschichte und das dazugehörigen LaG-Magazin)

Autorin

Sabrina Pfefferle, Agentur für Bildung, Geschichte und Politik e.V.



AGENTUR FÜR
BILDUNG
GESCHICHTE
POLITIK

Dieser Bericht
ist lizenziert mit



GEFÖRDERT DURCH

Senatsverwaltung
für Bildung, Jugend
und Familie

BERLIN



In der Online-Seminarreihe des Lernorts Keibelstraße in Trägerschaft der Agentur für Bildung, Geschichte und Politik e.V. werden verschiedene Themen der historisch-politischen Bildung von Expert:innen vorgestellt und gemeinsam mit den Teilnehmer:innen diskutiert. Ziel der Seminare ist es, den Austausch über Herausforderungen beim historischen Lernen zu fördern und Ansatzpunkte zu finden, die im Umgang mit diesen Herausforderungen hilfreich sein können. Vor dem Kontext des aktuellen LaG-Magazins zum Thema „Der 17. Juni – historische und aktuelle Narrative“ widmete sich das Web-Seminar am 23. Mai 2023 dem 17. Juni 1953: Ist dieses Datum in der geschichtspolitischen Vermittlung überhaupt noch ein relevantes Ereignis? Wie können die historischen Ereignisse heute vermittelt werden? Welche Lernpotenziale enthält der umkämpfte Gedenktag? All diese Fragen hat die Referentin Saskia Handro in ihrem Vortrag aufgegriffen und gemeinsam mit den Teilnehmer:innen diskutiert.

1. Einführung

Die Referentin beginnt mit einer Reflexion der Bedeutung historischer Jubiläen: So jährt sich der 17. Juni dieses Jahr zum 70. Mal. Als Geschichtsdidaktikerin sei es eine immer wiederkehrende Übung, sich anlässlich ebensolcher Jubiläen zu fragen, was es auch nach 70 Jahren noch Neues an einem historischen Ereignis zu entdecken gibt. Schon 2003 sei von dem Historiker Thomas Großbölting festgehalten, dass der 17. Juni „ausgeforscht“ sei, und auch [Christoph Kleßmann schreibt im oben genannten LaG-Magazin](#), dass vor allem die runden Jahrestage einen richtiggehenden „Overkill“ an Veröffentlichungen hervorriefen. Beide Stichworte – „ausgeforscht“ und „Overkill“ – lassen eine erneute Auseinandersetzung mit dem 17. Juni zunächst als wenig verlockend erscheinen. Doch stehen dieser Sichtweise z.B. Argumente von Arnulf Baring gegenüber, der 2013 feststellte, dass der 17. Juni ganz und gar nicht ausgeforscht sei – im Gegenteil: Jede Nation brauche eine gemeinsame Erinnerung an große Ereignisse der eigenen Geschichte. In diesem Kontext habe er den 17. Juni auch als Zeugnis des deutschen Einheits- und Freiheitswillens, in dessen Vergleich der Sturm auf die Bastille eine Bagatelle gewesen sei, bezeichnet. Doch wozu dient die Feier historischer Jubiläen? Geht es um Selbstvergewisserung? Identitätsstiftung? Oder um die Pflege von Erinnerungsritualen?

Auch die Position von Frank Bösch, der die jubiläumsgebundene Wiederholung von Gedenken als erinnerungskulturelles Problem benennt, erwähnt Handro. Bösch führe hierfür drei Argumente heran: Zum einen sei der etablierte Kanon an Gedenktagen national verengt und konzentriere sich auf nationale Mythen. Des Weiteren würden gegenwarts- und orientierungsrelevante Globalisierungserfahrungen ausgeblendet. Und zuletzt handele es sich bei den Gegenständen des Gedenkens um überkommene Ereignisse, die durch eine Personenfixierung gekennzeichnet seien – Potenziale der Alltagsgeschichte blieben hingegen ungenutzt. Er macht drei Vorschläge zur Veränderung dieser systematischen Probleme: Es sollte eine kreative Öffnung des Kanons geben, auf die jährliche Wiederholung des Erinnerens verzichtet werden und mehr Spielraum für brisante Themen ohne Jahrestage geschaffen werden.

Saskia Handro betont, dass diese Debatten vor allem eines sehr sichtbar machten: Das Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Geschichtspolitik. Während prominente Geschichtswissenschaftler:innen die Position vertreten (die im Plenum allerdings nicht geteilt wird), dass der 17. Juni ausgeforscht sei – das Datum sei auch im kleinsten Ort untersucht, seine Rezeptionsgeschichte in allen Facetten betrachtet worden und auch der Prozess seiner Historisierung vorangeschritten, sowohl auf lokaler, nationaler wie europäischer Ebene – sehe das erinnerungsgeschichtlich ganz anders aus: Die Frage nach der Deutung und Bedeutung des 17. Juni sei immer wieder neu zu stellen, nicht im Sinne eines „mimetischen Erinnerens“, sondern als Ressource einer Identitätsvergewisserung.

Ausgehend von diesem Spannungsfeld diskutierte die Referentin vier Fragen gemeinsam mit den Teilnehmer:innen:

1. Warum sollte der 17. Juni 1953 Gegenstand historisch-politischer Bildung sein?
2. Wie wurde der 17. Juni 1953 bislang in schulischer und außerschulischer Bildung thematisiert?
3. Welche neuen/alternativen Potenziale bietet der 17. Juni 1953 als Gegenstand historisch-politischer Bildung?
4. Was sind offene (Forschungs-)Fragen – oder Leerstellen des Diskurses?

2. Warum sollte der 17. Juni 1953 Gegenstand historisch-politische Bildung sein?

Mit der Frage „Was hat der 17. Juni uns heute noch zu sagen?“ richtete sich die Referentin direkt an die Teilnehmenden; die Antworten waren vielfältig: Der 17. Juni sei allein aufgrund der Tatsache relevant, da er numerisch der größte Aufstand in der DDR gewesen sei – noch größer als 1989. Er biete das (Diskussions-) Potenzial, über ein geeignetes Symbol und Datum der deutschen Einheit zu diskutieren. Zudem sei der 17. Juni und der Umgang mit diesem Tag in der BRD und der DDR ein beispielhaftes Datum, an dem die deutsch-deutsche Teilung nachvollzogen werden könne. So biete der 17. Juni ein ganzes Panorama an gegenwartsrelevanten Perspektiven, welche die Referentin noch um drei weitere Argumente ergänzt, die aus ihrer Sicht die Notwendigkeit verdeutlichen, sich auch nach 70 Jahren wissenschaftlich und erinnerungspolitisch mit dem 17. Juni 1953 zu beschäftigen:

Argument 1: Der 17. Juni 1953 bleibt ein umkämpfter Erinnerungstag, der (partei) politisch instrumentalisiert wird. So eignete sich die AfD den 17. Juni gerade während der Corona-Pandemie auf massive Weise an. In zahlreichen Orten wurden lokalpolitische Anträge gestellt, den 17. Juni als offiziellen Gedenktag wieder einzuführen, mit dem Verweis, dass die demokratischen Traditionen Deutschlands von den anderen Parteien nicht gewürdigt würden. Auf diese Weise bemüht sich die AfD, das eigene Widerstandsnarrativ zu verstärken. Die Geschichte der parteipolitischen Instrumentalisierung des 17. Juni bricht somit auch heute nicht ab. Vor diesem Kontext eröffnet sich ein aktuelles Diskursfeld, indem Schüler:innen Wissen über die politische Instrumentalisierung historischer Ereignisse gewinnen können. Dies wird nochmal im Protestkontext verstärkt, wo auf verschiedene Weise, z. B. bei Streik-Aktionen, auf den 17. Juni rekurriert wird. Diese Referenz bis hin zu einer Instrumentalisierung zeigt sich auch anhand der aktuellen Verwendung von Bild-Ikonen des 17. Juni: Russische Panzer als Bildmotive evozieren Parallelen zum Ukrainekrieg und reaktivieren so ein spezifisches Bildgedächtnis.

Argument 2: Den 17. Juni 1953 im „neuen“ Demokratiegedächtnis verorten. Ein weiteres Argument eröffnet sich vor dem politischen Schlagwort der „Zeitenwende“, das einen Kontinuitätsbruch beschreibt: Aktuell vollziehe sich ein Prozess, in dem erinnerungspolitische, kulturelle und gedenkpolitische Traditionen hinterfragt werden. Diese Neubewertung von Erinnerung in der aktuellen Krisensituation führe dazu, dass historische Ereignisse neu in das Spannungsfeld zwischen Diktatur- und Demokratiegedächtnis eingeordnet würden. Es entstünden neue Narrative, die eben nicht von gescheiterten, vergessenen oder abgebrochenen Revolutionen erzählten, sondern die sich demokratische Traditionslinien aneigneten, z. B. mit dem Paulskirchenfest oder dem Hambacher Fest. In dieser Abwendung vom Fokus auf die Diktaturgeschichte hin zu einer demokratischen Traditionspflege und Identitätsstiftung durch Erinnerungsfeste ließe sich auch der 17. Juni problemlos verorten. Hier wird die weitere Entwicklung von Interesse sein: Welchen Platz findet er in der sich aktuell vollziehenden Neuorientierung in der Erinnerungskultur? Bedeutsam sei, sich von einem national verengten Traditionsgedächtnis zu lösen, da dieses Gefahr laufe, sich entgegen dem Orientierungsbedürfnis jüngerer Generationen, die sich mit Themen wie Migration und Umweltbewegung international orientieren, zu entwickeln.

Argument 3: Der 17. Juni darf nicht zum Gegenstand ritualisierten Demokratielernens werden, sondern muss in der historisch-politischen Bildung im Spannungsfeld von Erinnern und Gedenken stets neu verortet werden. Vor diesem Kontext stellt sich auch gerade die Chance von Jubiläumstagen und -jahren dar: Sie sind nicht nur Anlass eines affirmativen Geschichtslernens, sondern laden zum Diskurs und zur Debatte über die Bedeutung von Erinnerungstagen ein. Auf diese Weise bieten sie auch für nachwachsende Generationen die Chance, die bestehende Geschichtskultur mitzugestalten und an Ritualen und Praktiken teilzunehmen.

3. Wie wurde der 17. Juni 1953 bislang in schulischer und außerschulischer Bildung thematisiert?

Saskia Handro nahm das historische Jubiläum zum Anlass für eine Bestandaufnahme, wie der 17. Juni in Schulbüchern thematisiert wird. Schulbücher bezeugen als „Sedimente eines kulturellen Gedächtnisses“, in welchen Traditionsbahnen und in welche Richtung sich eine Gesellschaft in Bezug auf bestimmte Narrative bewegt. Bei ihrer explorativen Analyse zu einzelnen Dekaden der Darstellung des 17. Juni in BRD-Schulbüchern ließ Handro die DDR-Lehrwerke außen vor, da sie die wenig wandelbaren Narrative des 17. Juni in der DDR („Faschistischer Putschversuch“, „Konterrevolution“) als gegeben voraussetzte.

Die Schulbuchanalyse zeigte für die BRD eine recht große Streuung mit zwei zentralen Achsen, die auf ein Spannungsfeld zwischen Kontinuitäten und Brüchen in der Erinnerung an den 17. Juni verweist. *Bis in die 1970er Jahre* bestimmten drei Perspektiven die Darstellung in Schulbüchern: Der 17. Juni werde (1) als Vorgeschichte der Teilung und des Kalten Krieges dargestellt. Er diene (2) einem Systemvergleich,

mit Fokus auf den Vergleich der Herrschaftsformen in der DDR mit der BRD. Zudem werde der 17. Juni im Kontext (3) eines Systemvergleichs zwischen DDR und BRD, der auf den Faktor Wirtschaft fokussiere, dargestellt, indem er als Arbeiteraufstand symbolisch zwischen Planwirtschaft in der DDR und der sozialen Marktwirtschaft in der BRD verortet werde.

Ab den 1970er Jahren entspreche die Darstellung des 17. Juni mehr der des (1) gescheiterten Aufstandes als Menetekel. Des Weiteren werde (2) eine zunehmende Historisierung der Ost-West-Integration deutlich, die an der vergleichsweise wertneutralen Darstellung der Aufteilung in zwei Blöcke sichtbar werde. Zudem werde (3) eher eine abwägende Betrachtung der Folgen des 17. Juni diskutiert und hierbei der Überwachungsstaat DDR der Reformfähigkeit des SED-Staates gegenübergestellt. Zuletzt (4) zeige sich, dass der 17. Juni in Schulbüchern als Gedenktag reflektiert wird.

Nach 1990 ließen sich vier zentrale Perspektiven unterscheiden; es erfolge eine deutliche Umstrukturierung der vorangehenden Deutungsstränge. Der 1. Typus beschreibt die Herangehensweise, dass der 17. Juni vorrangig als „Erinnerungsort der Diktatur“ dargestellt und diskutiert werde. In diesem Modus des Systemvergleichs fungiere der 17. Juni als Schlüsselereignis, anhand dessen Unterschiede zwischen Diktatur und Demokratie skizziert und er als zentrales Element der Vorgeschichte der Deutschen Einheit oder als Ursprung einer Protestgeschichte diskutiert werde. In jedem Fall sei er in dieser Lesart aber der Beginn eines Konfliktes zwischen Volk und SED, der sich erst 1990, mit der deutschen Einheit, auflöse.

Der 2. Typus zielt hingegen nicht auf nationale Identitätsstiftung, sondern auf Demokratieerziehung. Hierfür werde kein Systemvergleich genutzt, sondern die Erzählung von Parallelgeschichten: Der 17. Juni werde als Teil einer Demokratie- und Protestkultur, einer Friedens- und Umweltbewegung kontextualisiert; der Horizont erweitere sich so deutlich. Die Handlungsspielräume in einer Demokratie im Vergleich zur Diktatur würden diskutiert und der 17. Juni als bedeutsamer Wegmarker hin zur Freiheit gedeutet.

Als 3. Typus werde der 17. Juni in eine osteuropäische Demokratie- und Diktaturgeschichte eingebettet und als Auftakt einer osteuropäischen Freiheitsbewegung diskutiert. Auch bei diesem Typus liege eine Historisierung der Ost- und Westintegration vor. Auffällig sei, dass nun auch Handlungsspielräume des Westens thematisiert würden; in „Geschichte und Geschehen 2022“ werde z. B. diskutiert, warum der Westen nicht eingegriffen habe. Diese Perspektive stelle eine neue, wichtige Denkfigur in heutigen politischen Diskursen dar.

Beim 4. Typus werde die Narration selbst als Aufgabe verstanden. Ziel sei es, dass Schüler:innen im Sinne eines Kompetenzerwerbs Perspektiven vergleichen und eigene Erzählungen generieren lernten. Auf diese Weise sollen die Perspektivität von Deutungen und die erinnerungskulturellen Aspekte von Geschichts-Erzählungen erkannt werden.

Insgesamt problematisiert die Referentin, dass der 17. Juni in der Darstellung in Schulbüchern immer stärker zusammengeschrumpft sei und primär als Vorgeschichte zukünftiger Ereignisse – des 9. Oktobers oder des 9. Novembers – erzählt werde. Zudem lasse sich ein weiteres Spannungsverhältnis erkennen, das auch in aktuellen Schulbüchern nicht aufgelöst wurde. So bestehe eine dichotomische Simplifikation der Akteursgruppen: Das Volk stehe „als Opfer“, repräsentiert durch ein:en Zeitzeug:in, der SED „als Täter“, repräsentiert durch einen SED-Funktionär, gegenüber. In einer solchen Darstellung würden jedoch die zentralen didaktischen Prinzipien der Multiperspektivität und Konfliktpotenzialität nicht umgesetzt.

4. Welche neuen/alternativen Potenziale bietet der 17. Juni 1953 als Gegenstand historisch-politischer Bildung?

Um sich dieser Frage anzunähern, hat sich die Referentin einen Überblick über die diesjährigen Bildungsangebote zum Jubiläum des 17. Juni verschafft. Die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bereitgestellten komplexen [Bildungsmaterialien](#) bieten eine Fülle an Möglichkeiten, die auch von Schüler:innen genutzt werden können.

5. Was sind offene (Forschungs-)Fragen – oder Leerstellen des Diskurses?

Zum Abschluss betont die Referentin die Notwendigkeit, immer neue Forschungsfragen zu entwickeln und wirft drei Perspektiven auf:

(1) Notwendig sei eine problem- und gegenwartsorientierte Historisierung des 17. Juni. Hierbei könnte das Datum in eine vergleichende Geschichte von politischen Krisen und Migration/Flucht eingebunden werden. Diese Perspektive würde die Chance bieten, der bis dato bestehenden nationalen Nabelschau zu entgehen und die immer wieder tradierten Fluchtgeschichten in einen neuen, vergleichenden Kontext zu setzen. Zudem betont Handro, dass die Geschichte des 17. Juni nicht so eng geführt werden sollte; es brauche vielmehr ein Bewusstsein dafür, dass der 17. Juni Quelle von multiplen Konfliktgeschichten sei. Er habe z.B. ganz verschiedene soziale Motive als Ursache. Die Referentin plädiert somit für eine deutliche Erweiterung der erzählten und diskutierten Konfliktlinien. Diese Perspektiverweiterung sollte sich auch auf die Protestgeschichte beziehen, z.B. auf die Vermittlung der verschiedenen Protestformen, aber auch auf die Potenziale von Konflikten – auch aus Herrschaftsperspektive. So könnte auch nach Strategien der Konfliktlösung auf Seiten der DDR-Machthaber gefragt werden. In Bezug auf den 17. Juni und dann auch auf 1989/90 noch unzureichend berücksichtigt ist die – wenngleich eng begrenzte – politische Debatten- und Diskurskultur als Instrument der Krisenbewältigung, deren Untersuchung würde gerade mit Blick auf aktuelle Herausforderungen an Bedeutung gewinnen – so die Referentin. Zuletzt sollte der 17. Juni als Gedenktag konkurrierender

Erinnerungen diskutiert werden. Die Relevanz dieser Perspektive zeige sich insbesondere vor der noch heute bestehenden und wieder intensivierten parteipolitischen Instrumentalisierung des 17. Juni.

(2) Zudem fordert die Referentin eine Ausdifferenzierung der Akteurs-Strukturen und ihrer Motive, Ziele und Interessen, um der ‚schlichten‘ Gegenüberstellung von Volk und SED zu entgehen. In diesem Kontext sollte die Debatte, wer alles Zeitzeug:in sein dürfe, revitalisiert werden. Denn auch marginalisierte Erinnerungen sollten wachgehalten werden, um die Komplexität der Akteurs- und Konfliktkonstellationen sichtbar zu machen. Des Weiteren betont die Referentin, dass die Dekonstruktion von Geschichts-Mythen eine wichtige Rolle spielen sollte – auch lokaler Mythen, [wie im Fall Erna Dorns, der im LaG-Magazin zum 17. Juni 1953 diskutiert wird](#). Zuletzt sollten lokale Perspektiven, die in Schulbüchern immer noch stark unterrepräsentiert seien, fokussiert werden, da gerade die Divergenzen zwischen Land und Stadt/Zentrum von Bedeutung seien.

(3) Zuletzt sollte eine breite Methodenvielfalt nicht nur in Jubiläumsjahren sichergestellt und gefördert werden.

6. Diskussion

In der sich an den Vortrag anschließenden Diskussion kam die Frage auf, welche Aspekte Jugendliche heute am 17. Juni 1953 interessieren könnten. Für die Referentin bestehen Anknüpfungspunkt vor allem beim Thema Protestkultur und bei der Frage, welche Rolle die Medien früher wie heute bei Protest und politischem Aktivismus spielen. Zudem können vor allem in Ostdeutschland lokalgeschichtliche Bezüge hergestellt werden, die gerade in Grenzregionen von Bedeutung sind, und für deren Sichtbarmachung es auch häufig Erinnerungsobjekte wie Gedenksteine gibt. Auch die Instrumentalisierung des historischen Datums durch die AfD kann als Fixpunkt verwendet werden, der die Möglichkeit bietet, parteigebundene Gedenkkulturen und die Instrumentalisierung von Erinnerung zu diskutieren.